



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI



Spital- und Klinik-Barometer

Bevölkerungsbefragung zu gesundheitspolitischen
Themen mit Fokus auf die Spitäler und Kliniken



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Erkenntnisse	3
<i>These 1: Kostendach mehrheitlich skeptisch beurteilt</i>	4
<i>These 2: Zulassungsbeschränkung stösst zunehmend auf Ablehnung</i>	5
<i>These 3: Gesundheitskosten leicht weniger belastend wahrgenommen</i>	6
<i>These 4: Stärkerer Wunsch nach breitem Angebot in den Regionen</i>	7
<i>These 5: Spitäler erfüllen Qualitätsansprüche zunehmend</i>	8

Zusammenfassung der Erkenntnisse

In der Folge werden die Erkenntnisse aus dem H+ Spital- und Klinik-Barometer 2018 thesenartig zusammengefasst und diskutiert:

These 1: Kostendach mehrheitlich skeptisch beurteilt

Eine politische Steuerung der Gesundheitskosten stösst bei den Befragten auf deutlich mehr Akzeptanz, als diese Kosten dem Markt zu überlassen. Das Instrument Kostendach wird jedoch mehrheitlich skeptisch beurteilt, wobei die Stimmberechtigten am ehesten der Einführung eines Kostendachs auf Kantonsebene zustimmen würden.

Die Stimmberechtigten trauen zurzeit eher der Politik als dem Markt zu, die Kosten im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. Wenn die Politik dabei aber zum Instrument eines Kostendachs greift, bei dem eine jährliche Obergrenze definiert wird, innerhalb welcher Leistungen über die Grundversicherung abgerechnet werden dürfen, schmilzt die Zustimmung in der Bevölkerung.

Am ehesten können sich die Stimmberechtigten ein Kostendach pro Kanton vorstellen. Die Kantone sind es dann auch, welche aus Sicht der Befragten die Kosten am ehesten steuern sollen. Die Zustimmung zu einem Kostendach pro Kanton ist aber sehr knapp. Es ist ungewiss, ob die Zustimmung auf diesem Niveau bleiben wird, wenn im öffentlichen Diskurs insbesondere auf die individuellen Nachteile eines solchen Systems eingegangen wird. Klar als nicht sinnvoll erachten die Befragten Kostenregelungen für einzelne Leistungserbringer.

These 2: Zulassungsbeschränkung stösst zunehmend auf Ablehnung

Neu steht erstmals mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten einer Zulassungsbeschränkung für neue Arztpraxen kritisch gegenüber, wobei die Meinungen weiterhin noch nicht gefestigt sind. Bei Zulassungsbeschränkungen werden föderalistische Lösungen mit Blick auf die Qualität bevorzugt.

Erstmalig äusserte sich über die Hälfte der Befragten gegen die Zulassungsbeschränkung neuer Arztpraxen, während nur ein gutes Drittel diese befürwortet. Die Meinungsbildung ist etwas weiter fortgeschritten als vor einem Jahr, aber immer noch nicht gefestigt, was sich am Anteil Stimmberechtigter mit nur einer tendenziellen Haltung feststellen lässt.

Unabhängig von der Haltung zur Zulassungsbeschränkung würden die Befragten die Qualität und zunehmend auch die Kosten der Arztpraxen als Entscheidungskriterien heranziehen. Der Entscheid soll dabei in föderalistischer Manier bei den Kantonen und nicht beim Bund liegen.

These 3: Gesundheitskosten leicht weniger belastend wahrgenommen

Auf hohem Niveau empfinden die Stimmberechtigten die Gesundheitskosten individuell leicht weniger belastend als im Vorjahr. In allen abgefragten Bereichen des Gesundheitswesens sind die Stimmberechtigten mit der heutigen Mittelverteilung mehrheitlich einverstanden.

Eine der grössten Veränderungen 2017 war die verstärkte Wahrnehmung der Gesundheitskosten als finanzielle Belastung für mittlere Einkommen. Auch 2018 ist diese Empfindung stark ausgeprägt, allerdings in leicht abgeschwächter Form. Die individuell zu bezahlenden Kosten sind als Entscheidungskriterium für ein Spital oder eine Klinik weniger wichtig als im Vorjahr.

2017 orteten die Stimmberechtigten zunehmend einzelne Bereiche mit Sparpotenzial. Diese Entwicklung ist 2018 rückläufig, wobei die Sparwünsche aber insgesamt stärker als 2016 sind. Sogar ein leicht stärkerer Ausbauwunsch als 2016 ist bei den Regionalspitälern und den ambulanten Spitalleistungen festzustellen – bei den letztgenannten überwog 2017 in der Summe der Wunsch nach einem Abbau. Grundsätzlich sind die Stimmberechtigten in allen Bereichen mit den vorhandenen Mitteln zufrieden.

These 4: Stärkerer Wunsch nach breitem Angebot in den Regionen

Die Stimmberechtigten wünschen sich vermehrt ein breites Angebot in den Regionen. Sie differenzieren jedoch stärker bei der gewünschten räumlichen Nähe des medizinischen Leistungsangebots.

Zentralisierungen verlieren 2018 an Priorität, während vermehrt ein Spital oder eine Klinik in jeder Region gefordert wird. Allerdings wird auch 2018 die Qualität der Therapie als deutlich wichtigeres Entscheidungskriterium beurteilt als die räumliche Nähe.

Die Stimmberechtigten unterscheiden klar, welche medizinische Leistungen sie in ihrer Nähe benötigen und welche nicht. Neben einer Notfallversorgung gehören auch mehrmals wöchentlich wiederkehrende ambulante Behandlungen sowie Geburten zu den Leistungen, für die eine geringe Wegzeit gewünscht wird. Für mehrwöchige stationäre Behandlungen in der Psychiatrie oder für eine Rehabilitation sowie für einmalige chirurgische spezialisierte Eingriffe sind die Stimmberechtigten auch 2018 bereit, weitere Wege auf sich zu nehmen.

These 5: Spitäler erfüllen Qualitätsansprüche zunehmend

Die Stimmberechtigten legen hohen Wert auf Qualität, die das schweizerische Spitalwesen in ihrer Wahrnehmung auch bietet. Während sich in der Deutschschweiz die Einschätzung der Qualität auf hohem Niveau noch verbesserte, war dieser Wert in der Romandie rückläufig. Weiterhin bringen die Befragten den Fachpersonen ein starkes Vertrauen entgegen.

Viele verschiedene Faktoren bestätigen auch 2018 die Grundthese, dass die Stimmberechtigten hohen Wert auf Qualität im Gesundheits- und Spitalwesen legen. In der Wahrnehmung der Befragten kann das Schweizer Spitalwesen diese Erwartungen auf hohem Niveau zunehmend erfüllen. Die Einschätzung «sehr gute» Qualität hat ausschliesslich in der Deutschschweiz deutlich zugenommen, während in der Romandie diese Bewertung rückläufig ist. In der italienischsprachigen Schweiz ist der Wert stabil.

Eine ungebrochen hohe Glaubwürdigkeit geniessen die Ärztinnen und Ärzte, denen die Stimmberechtigten beim Entscheid für ein Spital oder eine Klinik vertrauen. Auch die Spitäler gehören auf leicht tieferem Niveau weiterhin zu den glaubwürdigeren Akteuren. Die Stimmberechtigten fühlen sich auch 2018 tendenziell in Fragen des Spitalwesens überfordert, wobei ihr Selbstvertrauen innert Jahresfrist leicht zugenommen hat.

Gesamtverantwortung

Conrad Engler
Leiter Geschäftsbereich
Kommunikation
T 031 335 11 50
conrad.engler@hplus.ch

Fachverantwortung

Martina Greiter
T 031 335 11 28
martina.greiter@hplus.ch

Webpublishing

Tanja Bodenmann
Fachverantwortliche
Webpublishing
T 031 335 11 60
tanja.bodenmann@hplus.ch

Analysen, Auswertungen gfs.bern

Gesamtverantwortung

Urs Bieri
Co-Leiter gfs.bern
T 031 311 62 07
urs.bieri@gfsbern.ch

Projektleitung und Berichterstattung

Jonas Philippe Kocher
Projektleiter
T 031 318 20 02
jonas.kocher@gfsbern.ch

Kontakt

H+ Die Spitäler der Schweiz
Geschäftsstelle
Lorrainestrasse 4 A
3013 Bern
T 031 335 11 11
Fax 031 335 11 70
geschaeftsstelle@hplus.ch
www.hplus.ch